

## **Boris Kanzleiter und Đorđe Tomić**

### **Die Linke im post-jugoslawischen Raum**

Es gibt wahrscheinlich keine andere Region in Europa, in der Vergangenheit und Gegenwart der Linken in einem so eklatanten Missverhältnis stehen wie im ehemaligen Jugoslawien. Ein Blick in die Geschichte zeigt die starke Präsenz einer sozialistischen und kommunistischen Bewegung. Vor dem Ersten Weltkrieg konnten Sozialisten wie Svetozar Marković die Grundlage für eine revolutionäre Bewegung schaffen. Am Beginn der zwanziger Jahre gelang der neu gegründeten Kommunistischen Partei Jugoslawiens (KPJ) der Durchbruch zu einer Massenpartei. Nach dem deutschen Angriff auf Jugoslawien im April 1941 gelang es den antifaschistischen Partisaninnen und Partisanen nicht nur hunderttausende Kombattanten zu mobilisieren, sondern auch die Monarchie zu stürzen und einen neuen sozialistischen Staat zu etablieren. Der Bruch mit Moskau 1948 leitete das weltweit beachtete Experiment der „Arbeiterselbstverwaltung“ und „Blockfreiheit“ ein. Staats- und Parteiführer Josip Broz Tito und der herrschende Bund der Kommunisten Jugoslawiens (BdKJ) verfügten in den 1960er und 1970er Jahren weltweit über ein enormes Prestige. Aber auch die Tito-kritischen, linksorientierten Oppositionsströmungen, wie die auf einen „humanistischen Marxismus“ orientierte „Praxis-Gruppe“, erregten in dieser Zeit weltweit Aufmerksamkeit.

In scharfem Kontrast zu dieser reichen Geschichte steht die Lage der Linken der Gegenwart. Am Beginn des 21. Jahrhunderts durchlebt die Linke im ehemaligen Jugoslawien eine existenzielle Krise. Ausgangspunkt des Niedergangs war die schwere strukturelle soziale und politische Krise in der Spätphase des Sozialismus in den 1980er Jahren des 20. Jahrhunderts. Die Erosion der Legitimationsgrundlage des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens war die Voraussetzung für die erfolgreiche Mobilisierung nationalistischer Bewegungen, welche zum Zerfall Jugoslawiens in den Kriegen der neunziger Jahre führten. Die Durchsetzung des Nationalismus war verknüpft mit der Stärkung rechter und oftmals rechtsextremistischer Ideologien als hegemoniale Identifikationsmuster in den post-jugoslawischen Gesellschaften.

Die Kriege der neunziger Jahre forderten nicht nur über einhunderttausend Todesopfer und machten Millionen von Menschen zu Flüchtlingen, sondern zerstörten auch weite Teile der Infrastruktur und Industrie. Eine rigide neoliberale Wirtschaftspolitik setzt seither nicht nur die Privatisierung des Großteils der Industrien sondern auch den Abbau sozialstaatlicher Daseinsfürsorge durch. Langzeitfolgen von Staatszerfall, Krieg und neoliberaler Strukturreform sind auf der Ebene politischer Machtstrukturen weit verbreitete Korruption und populistisch-autoritäre Politikmodelle. Auch über zehn Jahre nach dem Ende bewaffneter Konflikte müssen die Länder des ehemaligen Jugoslawiens in vieler Hinsicht als „Nachkriegsgesellschaften“ bezeichnet werden, in denen viele im Krieg ausgeprägte Strukturen – wie beispielsweise die enge Verknüpfung von Organisierter Kriminalität und Staatsapparaten – weiter stark ausgeprägt sind. Auf der gesellschaftlichen Ebene stehen einer kleinen Elite von Kriegs- und Privatisierungsgewinnern große Bevölkerungsanteile gegenüber, die sozial marginalisiert und ohne Perspektive bleiben. Galt der Lebensstandard in Jugoslawien in den 1970er Jahren als vergleichbar mit Italien, leben heute weite Bevölkerungsanteile in extremer Armut, die streckenweise an Länder der „Dritten Welt“ erinnert. Die Linke hat ihre historische Niederlage bisher kaum verarbeitet. Die Neuformulierung einer linksorientierten Perspektive ist eine Zukunftsaufgabe.

Vor dem Hintergrund der hier nur grob skizzierten gesellschaftlich-politischen Konstellation im post-jugoslawischen Raum soll im folgenden Text die bestehende Linke analysiert werden. Es soll dabei eine Bestandsaufnahme über linksorientierte Parteien, Organisationen und soziale Bewegungen erfolgen. Außerdem sollen die Haupttendenzen in der politischen Standortbestimmung dieser Kräfte geschildert werden. In die Darstellung werden dabei alle wesentlichen Kräfte aufgenommen, die sich in ihrer Selbstdefinition als „links“ bezeichnen. Dazu werden (1) der Zerfall des Bundes der Kommunisten in sozialdemokratische Nachfolgeparteien und (2) die Initiativen der anti-nationalistischen, zivilgesellschaftlichen Linken beschrieben. Schließlich gehen wir auf (3) die Gewerkschafts- und Studentenbewegung ein.

Wir haben uns bei dieser Gliederung für eine an politischen Kriterien orientierte Darstellung entschieden und nicht für Länderkapitel. Der Grund für diese Entscheidung liegt darin, dass wir trotz nationaler Unterschiede oft eine Symmetrie in der Entwicklung der Linken in den verschiedenen post-jugoslawischen Staaten ausmachen können, die mit der gewählten Gliederung besser darzustellen ist.

Angesichts der Komplexität des Themas versteht es sich von selbst, dass im folgenden Überblick viele Aspekte nur gestreift werden können und einer ausführlicheren Analyse bedürften.

#### *Der Zerfall des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens in sozialdemokratische Nachfolgeparteien*

Die Ursachen der Zerstörung Jugoslawiens werden kontrovers diskutiert.<sup>418</sup> Es können allerdings kaum Zweifel bestehen, dass eine der innenpolitischen Hauptursachen für den Zerfall Jugoslawiens in der Existenzkrise des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens bestand. In der zweiten Hälfte der 1980er Jahre entwickelten die Parteiführungen in den sechs Republiken (Slowenien, Kroatien, Bosnien-Herzegowina, Serbien, Montenegro, Mazedonien) und den beiden autonomen Provinzen (Vojvodina und Kosovo auf dem Territorium Serbiens) vor dem Hintergrund einer schweren Gesellschaftskrise völlig konträre politische Strategien.

Die serbische Republikführung unter Slobodan Milošević forderte seit 1987 eine stärkere Zentralisierung der Kompetenzen der Föderation und eine Stärkung der serbischen Republik. Damit sollte die (Kon)Föderalisierung Jugoslawiens, welche in der Verfassung von 1974 durchgesetzt worden war, rückgängig gemacht werden. Im Gegensatz dazu drängte vor allem die Republikführung Sloweniens auf eine noch stärkere Dezentralisierung und fand Alliierte insbesondere unter den albanischen Kommunisten im Kosovo sowie in den Parteiorganisationen der Vojvodina, Kroatiens und Mazedoniens. Der Bund der Kommunisten Jugoslawiens wurde zunehmend handlungsunfähig. Auf dem 14. Kongress des BdKJ im Januar 1990 in Belgrad eskalierte der Konflikt in einen endgültigen Bruch. Die Partei auf Bundesebene zerfiel in ihre Bestandteile auf der Ebene der Republiken. Damit war auch der Staatszerfall eingeleitet, der ein Jahr später mit den Unabhängigkeitserklärungen Sloweniens und Kroatiens vollzogen wurde und in den Krieg führte.<sup>419</sup>

Die Anatomie des Zerfalls des BdKJ ist von eminenter Bedeutung für das Verständnis des heutigen Parteiensystems in der Region. Denn aus den Zerfallsprodukten der ehemaligen Staatspartei gingen die meisten „postkommunistischen“ sozialistischen bzw. sozialdemokratischen Parteien hervor, die heute in den Ländern des ehemaligen Jugoslawiens bestehen. In den meisten Nachfolgerepubliken haben sie wichtigen und teilweise dominanten Einfluss auf das politische Leben.<sup>420</sup>

Am deutlichsten zeigt sich diese Tendenz in Serbien, Mazedonien und Montenegro. In Serbien regierte die 1990 als Nachfolgepartei des Bundes der Kommunisten gegründete Sozialistische Partei Serbiens (SPS) ohne Unterbrechung bis zum Sturz Slobodan Miloševićs im Oktober 2000.<sup>421</sup> In den folgenden Jahren schmolz die Unterstützung der SPS zwar erheblich. Bei den Parlamentswahlen im Mai 2008 erzielte eine von der SPS angeführte Wahlallianz 7,8 Prozent der Stimmen. Dennoch bleibt

---

<sup>418</sup> In der Forschung werden institutionelle, außenpolitische, wirtschaftliche und politisch-kulturelle Faktoren als Ursachen für den Zerfall bzw. die Zerstörung Jugoslawiens diskutiert. Auf die stellenweise äußerst kontroverse Debatte kann in diesem Text nicht ausführlich eingegangen werden. Einblicke bietet: Ramet, Sabrina P. (2005): *Thinking about Yugoslavia. Scholarly Debates about the Yugoslav Breakup and the Wars in Bosnia and Kosovo*. Cambridge: Cambridge University Press.

<sup>419</sup> Bei der Analyse des Zerfalls des BdKJ ist zu betonen, dass die Partei bereits seit dem Zweiten Weltkrieg föderalisiert war. Der BdKJ bestand aus insgesamt acht Parteiorganisationen, die auf der Ebene der sechs Republiken und zwei autonomen Provinzen organisiert waren und über jeweils eigenständige Führungen und Zentralkomitees verfügten. Wie Otmar Nikola Haberl zeigt, erreichten die Republikparteiorganisationen bereits ab Mitte der 1960er Jahre weitreichende Kompetenzen. Seit dem 9. Kongress des BdKJ 1969 fanden zuerst die Kongresse der Republikparteien statt und erst anschließend der Kongress des BdKJ auf Föderationsebene. Vgl. Haberl, Othmar Nikola (1976): *Parteiorganisation und nationale Frage in Jugoslawien (Philosophische und soziologische Veröffentlichungen – Osteuropa-Institut an der Freien Universität Berlin, Bd. 13)*. Berlin: Otto Harrassowitz.

<sup>420</sup> Gleichzeitig muss man bemerken, dass unmittelbar sich nach der „Wende“ auch manche nicht-linken Parteien aus den politischen Strukturen des jeweiligen Bundes der Kommunisten oder einer seiner Jugendorganisationen heraus entwickelt haben, oder zumindest ihre materiellen Ressourcen für die Neugründung benutzten. So entstand z.B. die stärkste slowenische Parlamentspartei – *Liberale Demokraten Sloweniens (LDS)* – aus dem Bund der Sozialistischen Jugend. Vgl. Lukšič, Igor (2006): *Das politische System Sloweniens*. In: Ismayr, Wolfgang (Hg.): *Die politischen Systeme Osteuropas*. Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwissenschaften, S. 660.

<sup>421</sup> Die SPS wurde formell am 17. Juli 1990 in Belgrad durch den Zusammenschluss des Bundes der Kommunisten Serbiens und des Sozialistischen Bundes des werktätigen Volkes Serbiens (SSRNS), also der „Massenorganisationen“ in der SFRJ, gegründet. Vgl. Milošević, Milan (2000): *Die Parteienlandschaft Serbiens*. Berlin: Berlin-Verl. Spitz, S. 45.

die SPS ein wichtiger politischer Faktor in Serbien. Seit Sommer 2008 befinden sich die ehemaligen Milošević-Sozialisten als Juniorpartner in einer Koalition mit der Demokratischen Partei (DS), ihren Haupttrivalen der Neunziger Jahre.<sup>422</sup>

Auch die postkommunistische Union der Sozialdemokraten Mazedoniens (SDSM) übte seit 1990 über lange Zeiträume die Regierungsmacht aus und stellt in der südlichsten ehemaligen jugoslawischen Republik eine wichtige politische Kraft dar. Bei den Parlamentswahlen am 1. Juni 2008 erreichte ein Bündnis unter Führung der SDSM 22,5 Prozent. Die aktuelle Regierung wird von der konservativen VRMO-DPMNE des aktuellen Premierministers Gruevski geführt.<sup>423</sup>

Am stärksten ausgeprägt ist die Kontinuität der Machtausübung der „Postkommunisten“ in der kleinen nur 600.000 Einwohner zählenden Republik Montenegro. Dort konnte sich die aus dem BdKJ hervorgegangene Demokratische Partei der Sozialisten Montenegros (DPS) seit 1990 über einen Zeitraum von mittlerweile zwanzig Jahren ununterbrochen an der Macht halten. Die beherrschende politische Figur stellt dabei Milo Đukanović dar, der in unterschiedlichen Funktionen in den vergangenen 20 Jahren die Geschicke Montenegros bestimmt. Das ehemals jüngste Mitglied des ZK des BdKJ zeigte dabei erstaunliche Wandlungsfähigkeit: Am Beginn seiner Machtausübung stand er in einem engen Bündnis mit Milošević. Ab 1997 arrangierte er sich aber mit dem „Westen“ und steuerte auf einen Unabhängigkeitskurs. Die Amtszeit Đukanovićs wird von zahlreichen Korruptionsvorwürfen begleitet.<sup>424</sup>

Aber nicht nur in Serbien, Mazedonien und Montenegro, auch in den anderen Nachfolgestaaten Jugoslawiens verfügen die postkommunistischen Sozialdemokraten über wichtigen Einfluss. In Slowenien gewann im April 1990 mit Milan Kučan ein führender Parteifunktionär die erste freie Präsidentschaftswahl. Kučans neu gegründete slowenische Sozialdemokraten wurden bei den gleichzeitig stattfindenden Parlamentswahlen stärkste einzelne Partei, verloren die Regierungsmacht aber an eine Koalition um das oppositionelle nationalliberale DEMOS-Bündnis. In der Folge regierten die Sozialdemokraten in Slowenien allerdings in wechselnden Koalitionen von 1992 bis 1996 sowie von 2000 bis 2004 und seit 2008. Bei den Präsidentschaftswahlen im Oktober 2008 konnte sich der Sozialdemokrat Danilo Türk in der Stichwahl mit überzeugenden 68 Prozent durchsetzen (im ersten Wahlgang hatte er allerdings nur 24,4 Prozent erreicht).<sup>425</sup>

In Kroatien verlor die postkommunistische Sozialdemokratische Partei (SDP)<sup>426</sup> die ersten freien Präsidentschafts- und Parlamentswahlen 1990 und musste die Macht an die extremistischen Nationalisten der Kroatischen Demokratischen Gemeinschaft (HDZ) unter Franjo Tuđman abgeben. In der unmittelbaren Nach-Tuđman-Ära von 2000 bis 2003 konnte die SDP vorübergehend die Regierung stellen, die sie aber wieder an die nun zu einer gemäßigt nationalkonservativen Partei mutierten HDZ verloren. Im Januar 2009 setzte sich allerdings der Sozialdemokrat Ivo Josipović bei den Präsidentschaftswahlen durch.<sup>427</sup>

---

<sup>422</sup> Siehe zu dieser für viele Beobachter überraschenden Entwicklung: Kanzleiter, Boris (2008): Politischer Umbruch in Serbien (Standpunkte, 25). Berlin: Rosa-Luxemburg-Stiftung.

<sup>423</sup> In den Legislaturperioden 1990-1994, 1994-1998 und 2002-2006 stellte die SDSM die mazedonische Regierung, so dass sie durchaus als dominante Partei im politischen System fungiert. Vgl. Siljanovska Davkova, Gordana (2006): Makedonske političke partije kroz prizmu ideologije. In: Lutovac, Zoran (Hg.): Političke stranke i birači u državama bivše Jugoslavije. Beograd: Friedrich Ebert Stiftung; Institut društvenih nauka, S. 209.

<sup>424</sup> Zur Entwicklung der politischen Systems in Montenegro, sowie zu Đukanovićs Rolle darin vgl.: Kovačević, Filip (2007): Montenegro and the Politics of Postcommunist Transition: 1990 to 2006. In: Mediterranean Quarterly, Jg. 18, H. 3, S. 72–93.

<sup>425</sup> Die Sozialdemokraten in Slowenien wechselten mehrmals den Namen ihrer Partei. Die Partei der Demokratischen Erneuerung (SDP) wurde zunächst in Sozialdemokratische Erneuerung (SP) und später in die Soziale Demokraten (SD) umbenannt. Vgl. Lukšič, S. 660

<sup>426</sup> Die Sozialdemokratische Partei Kroatien (SDP) als reformierte Nachfolgepartei des Bundes der Kommunisten Kroatiens vereinigte sich im April 1994 mit einer kleinen, 1989 gegründeten sozialdemokratischen Partei. Vgl. Zakošek, Nenad (2006): Das politische System Kroatiens. In: Ismayr, Wolfgang (Hg.): Die politischen Systeme Osteuropas. Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwissenschaften, S. 707.

<sup>427</sup> Die Wahl Josipovićs kann als ein positives Zeichen in der innenpolitischen Entwicklung Kroatiens gewertet werden. Im Gegensatz zu seinem Amtsvorgänger Stipe Mesić setzt Josipović auf deutliche Gesten der Versöhnung mit Serbien. Josipović setzt sich auch von der nationalkonservativen katholischen Kirche ab.

Kompliziert sind die Verhältnisse in Bosnien-Herzegowina. In dieser Republik setzten sich vor Kriegsausbruch im Frühjahr 1992 zunächst drei nationalistische Parteien (Serbische Demokratische Partei SDS, Partei der Demokratischen Aktion SDA und HDZ) durch, welche vorgaben, die Interessen der drei ethnischen Gruppen des Landes (Serben, Muslime und Kroaten) zu vertreten. Um diese Parteien gruppieren sich die kriegführenden Kräfte. Die postkommunistischen Sozialdemokraten<sup>428</sup> zersplitterten in verschiedene Parteien, die nur lokalen Einfluss ausüben konnten.<sup>429</sup> Im serbischen Teil Bosnien-Herzegowinas, der Serbischen Republik (Republika Srpska), dominierte unter Premierminister Milorad Dodik von 1998 bis 2001 und erneut seit 2006 allerdings der Bund der Unabhängigen Sozialdemokraten (SNSD), der als Nachfolgepartei des BdkJ bezeichnet werden kann. Dagegen bleibt die SDP nach den allgemeinen Wahlen von 2006 in der Föderation lediglich drittstärkste Kraft. Im gemeinsamen Parlament Bosnien-Herzegowinas bleiben die Sozialdemokraten dennoch als kleine Fraktionen bestehen.<sup>430</sup>

*Programmatische Neuausrichtung der postkommunistischen Sozialdemokratie: Nationale Wendung, Marktwirtschaft und „Europa“*

Machtpolitische und programmatische Differenzen zwischen den Republiksparteien prägten bereits während der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawiens (SFRJ) die Entwicklung des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens.<sup>431</sup> Dennoch konnte der Zusammenhalt der Partei durch eine Reihe von inneren und äußeren Faktoren bis zum Ende der 1980er Jahre erhalten werden. Anfang der 1990er kam es aber zu einer dramatischen Entwicklung, welche die Krise der gesamtjugoslawischen Linken deutlich macht. Denn in den Kriegen der neunziger Jahre standen die „postkommunistischen Sozialdemokraten“ auf verschiedenen Seiten der Fronten und zählten dabei zu den wichtigsten kriegführenden Kräften. Gleichzeitig zeigt sich in langfristiger Perspektive ein Paradox: Denn die Parteien entwickelten gleichzeitig eine deutliche Symmetrie in ihrer programmatischen Entwicklung. Diese lässt sich mit den Stichworten „nationale Wendung“, „Marktwirtschaft“ und „Europa“ umschreiben.

Der nationalistische Diskurs in den verschiedenen ehemaligen jugoslawischen Republiken wurde am Ende der achtziger Jahre zunächst meist von Intellektuellen außerhalb der Parteistrukturen des BdkJ entwickelt. Einige dieser Intellektuelle wie der bosnische Muslimführer Alija Izetbegović oder der Gründer der Serbischen Radikalen Partei, Vojislav Šešelj, waren bekennende Antikommunisten. Eine Reihe führender anderer nationalistischer Intellektueller wie Dobrica Ćosić in Serbien und Franjo

---

<sup>428</sup> Die Nachfolgepartei des Bundes der Kommunisten Bosnien-Herzegowinas, die SK BiH – SDP gewann bei den ersten Parlamentswahlen im Jahr 1990 lediglich 8,32%. Vgl. Andelić, Neven (2009): SDP - prvih 100 godina. Kratki pogled na socijaldemokratiju u BiH. Sarajevo: Forum Lijeve Incijative, S. 37.

<sup>429</sup> So entstand während des Krieges in Banja Luka der (serbische) Bund der unabhängigen Sozialdemokraten (SNSD), während die alten „Reformisten“ in Tuzla die Union bosnisch-herzegowinischer Sozialdemokraten gründeten. Die letzteren vereinigten sich dann mit der alten/neuen SDP an der Spitze mit Zlatko Lagumdžija. Die SDP gewann darauf die Parlamentswahlen im Jahr 2000, allerdings im Rahmen der Koalition „Allianz für den Wandel“. Zwei Jahre später verlor sie aufgrund einer intensiver Reformpolitik sowie einiger Affären wieder die Macht, und die alte ethnische Struktur etablierte sich aufs Neue im politischen System. Vgl. Ebd., S. 39.

<sup>430</sup> Rein hypothetisch hätten die „serbischen“ und die „anderen“ Sozialdemokraten nach dem aktuellen Machtverhältnis 12 von 42 Sitzen im Parlament Bosnien-Herzegowinas. Vgl. Wahlergebnisse 2006 unter: Zentrale Wahlkommission BiH. URL: [http://www.izbori.ba/rezultati/konacni/parlament\\_bih/index.htm#](http://www.izbori.ba/rezultati/konacni/parlament_bih/index.htm#), letzter Zugriff: 14.01.2010.

<sup>431</sup> Innerhalb des BdkJ kam es mehrmals zu scharfen Konfrontationen, die oft zwischen Republiksparteien ausgetragen wurden. So kam es Mitte der sechziger Jahre zu einer scharfen Konfrontation zwischen konservativen Zentralisten um den serbischen Innenminister und Geheimdienstchef Aleksandar Ranković und wirtschaftsliberalen Föderalisten um den slowenischen Spitzenfunktionär Edvard Kardelj. In diesem Machtkampf unterlag im Sommer 1966 die Ranković-Fraktion. 1970/71 führte die Spitze der Kommunisten in Kroatien unter Savka Dabčević-Kučar eine nationalistische Bewegung für mehr Selbständigkeit Kroatiens. Der „Kroatische Frühling“ wurde Ende 1971 unter Ägide Titos repressiv unterdrückt. Funktionäre der albanischen Kommunisten im Kosovo unterstützten 1968 und 1981 Rebellionen für die Einrichtung einer eigenständigen Republik Kosovo. Einen guten Einblick in die Konflikte im BdkJ bietet Haberl in seiner Studie.

Tudjman in Kroatien waren indes frühere Mitglieder des BdKJ, die Ende der 1960er oder Anfang der 1970er Jahre wegen nationalistischer Positionen aus der Partei ausgeschlossen worden waren.<sup>432</sup>

Vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Krise sowie der Legitimations- und Existenzkrise des BdKJ kam es Ende der 1980er Jahre in den meisten Republiken zu einer ähnlichen Entwicklung. Die Parteiorganisationen übernahmen zunehmend die Diskurse der außerhalb der Partei stehenden nationalistischen Intellektuellen. Besonders ausgeprägt war diese Entwicklung in Serbien, wo Slobodan Milošević seit 1987 ein enges Bündnis mit der nationalistischen Intelligenz einging. Aber auch in Slowenien näherte sich die Partei bereits zu einem frühen Zeitpunkt Intellektuellen an, die mit nationalistischen Argumenten für eine selbständige Entwicklung Sloweniens plädierten. In Kroatien und Bosnien-Herzegowina waren die postkommunistischen Sozialdemokraten in den neunziger Jahren zwar keine kriegführenden Regierungsparteien. Das hinderte sie aber nicht, den Kernbestand der Diskurse der jeweiligen nationalistischen Rechten über die „nationale Frage“ zu übernehmen.<sup>433</sup> Obwohl die Schärfe der nationalistischen Rhetorik seit dem Ende des Krieges deutlich nachgelassen hat, bleiben nationale Narrative weiter prägend für die Identität der meisten Parteien.

Die postkommunistischen Sozialdemokraten verwarfen nicht nur die Maxime der „Brüderlichkeit und Einheit“, welche die Nationalitätenpolitik des BdKJ umschrieb, sondern sie verabschiedeten sich auch von der „Arbeiterselbstverwaltung“, dem zweiten Grundprinzip des jugoslawischen Sozialismus. Zu unterschiedlichen Zeitpunkten und in unterschiedlicher Form übernahmen alle wesentlichen Nachfolgeparteien des BdKJ die neoliberalen Leitgedanken von Privatisierung und Marktreform. Und mehr als das: Die Parteien fungierten teilweise als regelrechte „Privatisierungsagenturen“. Ausgestattet mit Machtpositionen in Unternehmen und Staatsapparat konnten wesentliche Teile des Funktionärskaders die Betriebe aus dem „gesellschaftlichen Eigentum“ in ihr Privateigentum überführen.<sup>434</sup>

Wie die anderen Parteien, welche in den postjugoslawischen Mehrparteiensysteme Machtfunktionen übernahmen, fungieren auch die postkommunistischen sozialdemokratischen Parteien in hohem Maße als klientelistische Versorgungsorganisationen für ihre Funktionäre. Auch nach dem weitgehenden Abschluss der Privatisierungsprozesse bieten die staatlichen Machtfunktionen Zugang zu erheblichen Ressourcen. So werden führende Funktionen im öffentlichen Sektor entsprechend des Parteibuches besetzt. Korruption und Machtmissbrauch sind integraler – und vielleicht konstituierender – Bestandteil der postjugoslawischen Machtsysteme.<sup>435</sup>

Die Ausrichtung auf den Machterhalt erklärt auch den manchmal atemberaubenden programmatischen Wandel, den einzelne sozialdemokratische Parteien in den vergangenen Jahren durchliefen. Wie bereits dargestellt wechselte beispielsweise Milo Đukanović 1997 innerhalb kürzester Zeit von einem engen Bündnis mit Slobodan Milošević zu einer prowestlichen Politik und konnte damit über den Kosovo-Krieg 1999 hinweg den eigenen Machterhalt sichern. Die SPS ihrerseits verabschiedete sich 2008 mehr oder weniger umstandslos vom Milošević-Erbe und ging ein Bündnis mit den ehemaligen Erzfeinden von der „prowestlichen“ Demokratischen Partei ein.

Diese rapiden Wandlungsprozesse sind indes das Markenzeichen aller großen politischen Parteien im post-jugoslawischen Raum. Sie markieren die Funktion der Parteien als einer Form „postmoderner“ Unternehmen, die sich dem westeuropäischen links-rechts-Schema entziehen. Der Machterhalt ist der Imperativ ihrer Politik. Die Etiketten wie „sozialdemokratisch“, „konservativ“ oder „liberal“ sagen

---

<sup>432</sup> Zu dieser Entwicklung siehe: Dragović-Soso, Jasna (2002): ‚Saviours of the Nation‘. Serbia’s Intellectual Opposition and the Revival of Nationalism. London: Hurst.

<sup>433</sup> Ein Beispiel ist die kroatische SDP. Die meisten SDP Funktionäre benutzen den in Kroatien üblichen Begriff „branjitelj“ (Verteidiger) für die Kriegsveteranen völlig distanz- und kritiklos. Damit wird den kroatischen Truppen in den Kriegen der neunziger Jahre generell eine defensive Position unterstellt statt ihr Verhalten in der Eskalation des Konfliktes zu kritisieren. SDP-Funktionäre nehmen auch an den jährlich stattfindenden Feiern zum 4. August statt. Am 4. August 1995 startete die kroatische Armee eine großangelegte Offensive, in deren Folge über 150.000 Serben aus Kroatien vertrieben wurden.

<sup>434</sup> Eine genaue Analyse dieses Transformationsprozesses wurde bisher kaum geleistet, obwohl die Entwicklung ein wichtiges Forschungsfeld darstellt. Einblicke bietet: Obradović, Marija: Privatisation and the break-up of Yugoslavia, in: South-East Europe Review 2/2007, S. 33–55.

<sup>435</sup> Wie Michael Ehrke von der Friedrich-Ebert-Stiftung mit Blick auf die Entwicklung erklärt: „Hinter der sozialdemokratischen Programmatik kann sich die Ethik der Mafia verbergen.“ Ehrke, Michael (2009): Sozialdemokratische Parteien in Zentral- und Südosteuropa. Politische Gesinnungsvereinigungen oder Managementagenturen für die Regierung. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung Internat. Politikanalyse, S.7.

relativ wenig über die Identität dieser Organisationen aus. Umfassende Programmdebatten gibt es in keiner Partei der postkommunistischen Sozialdemokratie im ehemaligen Jugoslawien.

Zumindest auf einer deklarativen Ebene sind die Nachfolgeparteien des vor zwanzig Jahre zusammengebrochenen BdkJ heute im Mainstream der europäischen Sozialdemokratie angekommen. Sie plädieren für die schnelle Aufnahme ihrer Länder in die Europäische Union, soweit sie nicht bereits Mitglied der EU sind wie Slowenien. Auch der Nato-Beitritt wird gefordert, soweit er nicht schon erfolgt ist wie im Fall von Slowenien und Kroatien. Die meisten Nachfolgeparteien des BdkJ sind bereits seit Mitte der 1990er Jahre Mitglieder der Sozialistischen Internationale. Keine Nachfolgepartei des BdkJ ist dagegen Mitglied der European Left.

Eine Verzögerung dieses Wandlungsprozesses zeigte sich lediglich bei der – allerdings wesentlichen – Ausnahme der SPS in Serbien. Doch hat sich auch in der SPS seit dem erneuten Regierungseintritt im Sommer 2008 der sozialdemokratische Mainstream weitgehend durchgesetzt. Auch die SPS möchte nun einen schnellen Beitritt Serbiens zur EU und hat einen Eintritt in die Sozialistische Internationale beantragt. Einen Nato-Beitritt lehnt die SPS aber weiterhin ab. Allerdings lehnen auch alle anderen wesentlichen politischen Parteien in Serbien einen Nato-Beitritt zumindest deklarativ ab, was aufgrund des NATO-Bombardements von 1999 auch nicht weiter verwunderlich ist.

Angesichts der geschilderten Entwicklung der postkommunistischen Sozialdemokratie im ehemaligen Jugoslawien drängt sich die Frage auf, ob diese Parteien als „links“ zu bezeichnen sind. Trotz vieler Einschränkungen muss diese Frage doch positiv beantwortet werden. Denn trotz aller ideologischen und programmatischen Wandlungsprozesse gibt es einige Politikfelder, auf denen sich die postkommunistische Sozialdemokratie deutlich von den konkurrierenden neoliberalen, konservativen und rechtspopulistischen Parteien unterscheidet. Dabei handelt es sich meist um kulturelle und geschichtspolitische Fragen, von denen hier nur zwei angedeutet werden sollen.

Erstens: Im Gegensatz zur religiösen nationalistischen Rechten halten die postkommunistischen Sozialdemokraten meist Distanz zu den erstarkten Kirchen. Sie bilden damit einen gewissen Gegenpol bei der durch die meist ultrakonservativen Kirchen angestrebten Retraditionalisierung der Gesellschaft. Zweitens: Obwohl auch die postkommunistischen Sozialdemokraten das Bild vom antifaschistischen Partisanenkampf oftmals nationalistisch umdeuteten, bleiben sie dennoch immerhin deklarativ in der Tradition des Antifaschismus verhaftet. Die konservativen und rechtspopulistischen Parteien popularisieren dagegen oft das Vermächtnis antikommunistischer Nationalisten wie der kroatischen Ustascha oder serbischen Tschetniks, die im Zweiten Weltkrieg in unterschiedlicher Form mit den Deutschen kollaborierten.

Die Parteienforschung im ehemaligen Jugoslawien steht noch am Anfang. Verlässliche differenzierte quantitative und qualitative Daten zur Mitgliederentwicklung und zu den Unterstützern der postkommunistischen Sozialdemokratie liegen nur in einigen Fällen vor.

Die wenigen vorhandenen Studien zeigen, dass Parteien links von der Mitte vor allem von Landwirten, Arbeiterinnen und Arbeitern, Rentnerinnen und Rentnern, Studierenden sowie von Arbeitslosen unterstützt werden. Gleichzeitig lässt sich anhand der Ergebnisse der neuesten Studien erkennen, dass innerhalb der genannten Gruppen linke Parteien ungefähr das gleiche Ausmaß an Unterstützung finden wie rechte Parteien.<sup>436</sup> Dabei können sich die meisten Befragten nach den eigenen politischen Ansichten weder links noch rechts verorten oder unterstützen Parteien, die sie als Parteien der Mitte verstehen.<sup>437</sup> In einer 2005 in Serbien durchgeführten Studie gaben 50% aller Befragten an, sie fühlten sich keiner Partei nahe. Über diesem Durchschnitt der Parteilosen lag nur die Gruppe der Befragten, die sich selbst als Teil einer „unteren Klasse“ sieht (54%).<sup>438</sup>

### *Der linksorientierte Widerstand gegen Nationalismus und Neoliberalismus*

Die skizzierte Transformation war der Haupttrend beim Zerfall des BdkJ. Allerdings entwickelten sich am Ende der 1980er Jahre und Beginn der 1990er Jahre auch explizit antinationalistische Ansätze

<sup>436</sup> Šiber, Ivan (2006): Političko ponašanje hrvatskih birača u izborima 1990 - 2003. In: Lutovac, Zoran (Hg.): Političke stranke i birači u državama bivše Jugoslavije. Beograd: Friedrich Ebert Stiftung; Institut društvenih nauka, S. 323–362; Stojiljković, Zoran (2006): Socijalni rascepi i linije političkih podela u Srbiji. In: Lutovac, Zoran (Hg.): Političke stranke i birači u državama bivše Jugoslavije. Beograd: Friedrich Ebert Stiftung; Institut društvenih nauka, S. 9–39.

<sup>437</sup> Šiber, S. 329.

<sup>438</sup> Stojiljković, S. 25.

aus dem BdKJ. Die bedeutendste Kraft war dabei das vom letzten jugoslawischen Premierminister Ante Marković Ende 1990 gegründete Bündnis reformorientierter Kräfte Jugoslawiens (SRSSJ). Marković hatte 1990 stark an Popularität gewonnen, weil ihm vorübergehend die Eindämmung der immensen Inflation gelungen war. Er setzte sich mit einer gesamtjugoslawischen Perspektive von den nationalistischen Kräften ab. Gleichzeitig waren seine politischen und wirtschaftlichen Transformationsideen aber durch eine deutliche neoliberale Tendenz geprägt.<sup>439</sup>

Aber es artikulierten sich auch linksorientierte pro-jugoslawische Kräfte. Bereits im Frühjahr 1989 war die Vereinigung für eine Jugoslawische Demokratische Initiative (Udruženje za jugoslovensku demokratsku inicijativu – UJDI) gegründet worden. In UJDI versammelten sich Politiker und Intellektuelle mit hoher moralischer Integrität und Ansehen.<sup>440</sup> So wurde der surrealistische Schriftsteller, Spanienveteran, frühere Kommandant der Jugoslawischen Volksarmee und jugoslawische Außenminister, Koča Popović, Mitglied des UJDI-Rates. Auch der weltweit angesehene Wirtschaftswissenschaftler und Theoretiker der Arbeiterselbstverwaltung Branko Horvat engagierte sich in UJDI. Bekannte Mitglieder waren zudem mehrere frühere Mitglieder der Zeitschrift Praxis wie Predrag Vranicki (Zagreb), Nebojša Popov (Belgrad) und Božidar Gajo Sekulić (Sarajevo). Mitglieder waren auch ehemalige Protagonisten der Studentenproteste von 1968 und der feministischen Bewegung der 1970er Jahre.<sup>441</sup>

Der politische Ansatz von UJDI bestand in der Hauptforderung nach einer „radikalen Demokratisierung“, die als einzige Möglichkeit für den Weiterbestand Jugoslawiens bezeichnet wurde. UJDI verstand sich dabei nicht als eine politische Partei. Die Vereinigung wollte vielmehr eine „Bewegung für die demokratische Transformation in Jugoslawien“ schaffen. Nur so könne angesichts der tiefen Krise eine „Rückkehr zum Aufbau eines authentischen Sozialismus“ gelingen.<sup>442</sup> Die Notwendigkeit der Gründung von UJDI wurde damit begründet, dass es in Jugoslawien keine politische Kraft gebe, die „jugoslawisch und demokratisch“ sei.<sup>443</sup> (Herv. im Original)

Weder Ante Marković noch UJDI konnten sich aber als dauerhafte politische Organisationen mit einer Massenbasis verankern. Dennoch hat vor allem UJDI eine langfristige politische Bedeutung. Denn aus dem Umkreis von UJDI entwickelte sich eine Reihe von Gruppen, Netzwerken und Initiativen, die seit Beginn der neunziger Jahre Ansatzpunkte einer politischen Alternativströmung darstellen. Ein Teil dieser Strömung gründete kleine Parteien.<sup>444</sup> Der zweite Teil setzte seine Aktivitäten in Form von Kampagnen fort oder gründete Nichtregierungsorganisationen.

Im Mittelpunkt dieser Alternativströmungen steht bis heute das Engagement gegen Krieg, Nationalismus und die Retraditionalisierung der Gesellschaft. Der Anti-Kriegsbewegung gelang es während der 1990er Jahre zumindest ansatzweise ein gesamtjugoslawisches Netzwerk zu erhalten.<sup>445</sup>

---

<sup>439</sup> So setzte Marković in seiner Funktion als jugoslawischer Bundespremierminister die ersten Gesetze durch, welche die Privatisierung staatlicher Unternehmen zuließen. Vgl. Gagnon, Valère Philip Jr. (2004): *The myth of ethnic war. Serbia and Croatia in the 1990s*. Ithaca: Cornell University Press, S. 91. Im Oktober 1989 entwickelte Marković unter der Ägide des Internationalen Währungsfonds (IWF) ein liberales wirtschaftliches Reformprogramm. Vgl. Boughton, James M. (2001): *Silent Revolution: The International Monetary Fund, 1979-89*. Washington: International Monetary Fund, S. 578.

<sup>440</sup> Siehe dazu: Stojaković, Krunoslav (2009): *Prešućena povijest. UJDI i antiratna opozicija u Jugoslaviji*. In: Tomić, Đorđe; Atanacković, Petar (Hg.): *Društvo u pokretu. Novi društveni pokreti u Jugoslaviji od 1968. do danas*. Cenzura: Novi Sad, S. 169–182.

<sup>441</sup> Die Liste aller Mitglieder findet sich in: Horvat, Branko (2003): *The association for Yugoslav democratic initiative*. In: Đokić, Dejan (Hg.): *Yugoslavism. Histories of a Failed Idea 1918-1992*. London: Hurst, S. 302f.

<sup>442</sup> Ebd., S. 298ff.

<sup>443</sup> Ebd., S. 300f.

<sup>444</sup> In Serbien entstand in diesem Kontext Anfang der neunziger Jahre die Bürgerallianz (Gradjanski savez). Außerdem sind die Sozialdemokratische Union (SDU) sowie die Regionalpartei Liga der Sozialdemokraten der Vojvodina (LSV) zu nennen. Vgl. Milošević, S. 70ff. In Kroatien gab es eine ähnliche Entwicklung. Neben der 1997 gegründeten Sozialistischen Arbeiterpartei Kroatiens (SRP) können zu tendenziell linken Parteien etwa die Aktion der Sozialdemokraten Kroatiens (ASH) und die im Jahr 2007 durch die Vereinigung mehrerer linker Parteien entstandene Linke Kroatiens (Ljevica Hrvatske) gezählt werden. Allerdings konnte sich keine dieser Parteien als wahlpolitische Alternative etablieren.

<sup>445</sup> Besonders hervorzuheben sind das Zentrum für Antikriegsaktion (CAA) aus Serbien, die Antikriegskampagne (ARK) aus Kroatien, das Internationale Zentrum für Frieden Sarajevo, und der Bürgerfriedensrat Titograd aus Montenegro, die seit 1993 im Rahmen des ZaMir-Netzwerks (*Für den Frieden*)

Dabei spielten vor allem feministische Frauenorganisationen eine entscheidende Rolle. Ein gutes Beispiel ist die 1991 in Belgrad gegründete Organisation Frauen in Schwarz (*Žene u crnom*). Diese präsentiert sich als anti-militaristische und feministische Friedensorganisation, die sich seit mittlerweile fast zwei Jahrzehnten gegen Krieg, Nationalismus, Patriarchat und jede andere Form von Repression engagiert.<sup>446</sup>

In den vergangenen Jahren spielen auch Organisationen, die sich für die Gleichberechtigung sexueller Minderheiten einsetzen, eine zunehmend wichtige Rolle im Spektrum der antinationalistischen Alternativströmung.<sup>447</sup> Verschiedene Gay-Prides in Ljubljana und Zagreb zeigen die Mobilisierungskraft dieser Initiativen. Überall im ehemaligen Jugoslawien stoßen die Initiativen aber auf erbitterte Feindschaft nationalistischer, klerikaler und rechtsorientierter Kräfte. In Sarajevo musste im September 2008 eine Gay-Pride abgebrochen werden, nachdem fundamentalistische Islamisten die Demonstration angegriffen hatten. In Belgrad wurde 2002 eine Gay-Pride von hunderten klerikal-faschistischer Hooligans angegriffen. Im Sommer 2009 scheiterte der zweite Versuch eine Gay-Pride in der serbischen Hauptstadt abzuhalten erneut an den Gewaltdrohungen von Hooligans, Klerikern und rechtspopulistischen Politikern.<sup>448</sup>

Bei der aktuellen politischen Bewertung des Spektrums der antinationalistischen Strömung müssen zwei Tendenzen deutlich unterschieden werden. Ein Segment dieser Strömung identifiziert sich selbst mit einer linksorientierten Perspektive. Dazu zählt einerseits eine Generation älterer Intellektueller in den großen Städten, die ihren Ausgangspunkt entweder in den auf eine Demokratisierung des Sozialismus drängenden linksorientierten Oppositionsströmungen aus der SFRJ oder den Parteistrukturen des BdkJ hat. Zu diesem Kreis zählt eine Reihe von UJDI-Gründern, die nach wie vor an einer linksorientierten Alternativendiskussion teilnehmen. Als Beispiele sind hier die Zeitschrift *Republika* in Serbien oder das *Mirovni Institut* (Friedensinstitut) in der slowenischen Hauptstadt Ljubljana zu nennen.<sup>449</sup> Zu diesem Segment zählt auch eine neue Generation junger Linker, deren politische Sozialisation erst nach dem Ende des Sozialismus einsetzte. Die Themen dieser jungen Linken sind vor allem Antifaschismus, Feminismus und sozialer Protest.<sup>450</sup>

Die zweite Tendenz der antinationalistischen Strömung kann heute nicht (mehr) als linksorientiert bezeichnet werden. In diesem Segment haben sich seit Beginn der 1990er Jahre vielmehr Diskurse durchgesetzt, die eine schnelle und bedingungslose Integration der post-jugoslawische Staaten in die „euroatlantischen Strukturen“ und die Durchsetzung „westlicher Werte“ umfassen. Diese Diskurse verbinden Forderungen nach politischer Demokratisierung und Respektierung der Menschenrechte mit Forderungen nach der Etablierung einer liberalen kapitalistischen Marktwirtschaft und Weltmarktintegration. Repräsentiert wird das (neo-)liberale Segment der antinationalistischen Strömung beispielsweise durch die Helsinki-Komitees in Serbien und Kroatien oder die Liberaldemokratische Partei (LDP) in Serbien.

---

agierten und eine Reihe von verschiedenen Projekten, Publikationen und Initiativen hervorbrachten wie Arkzin, ZaMir Women, ZaMirZine, etc. Vgl. Unija 47 / Antiratna kampanja Hrvatske: Povijest ARKa. URL: [http://www.zamirnet.hr/unija47/ark\\_unija47.html](http://www.zamirnet.hr/unija47/ark_unija47.html), letzter Zugriff: 12.01.2010.

Für eine umfassende Dokumentation der Anti-Kriegsaktionen im gesamten ehemaligen Jugoslawien siehe: Rosandić, Ružica u.a. (2005): *Teži put. Mirovne akcije na tlu bivše Jugoslavije*. Beograd: Centar za antiratnu akciju.

<sup>446</sup> *Žene u crnom* Beograd. *Ženska mirovna grupa feminističko-antimilitarističke orijentacije: O nama*.

URL: [http://www.zeneucrnom.org/index.php?option=com\\_content&task=blogcategory&id=2&Itemid=4](http://www.zeneucrnom.org/index.php?option=com_content&task=blogcategory&id=2&Itemid=4), letzter Zugriff: 12.01.2010.

<sup>447</sup> Bereits seit Beginn der neunziger Jahren wurden Organisationen für die Gleichberechtigung von Lesben und Schwulen gegründet. Vgl. Živković, Ljiljana (Hg.) (2005): *First there was a letter. Fifteen Years of Lesbian and Gay Activism in Serbia and Montenegro. 1990-2005*. Beograd: Labris - Lesbian Human Rights Organization; Sagasta, Sanja (2001): *Lesbians in Croatia*. In: *European Journal of Women's Studies*, Jg. 8. H. 3, 357-372.

<sup>448</sup> Dabei ist zu bemerken, dass es gerade einige Gallionsfiguren der im Westen gefeierten „demokratischen Opposition“ sind, die sich durch ein besonders aggressives Ausmaß von Homophobie profilieren.

<sup>449</sup> *Republika* wurde als Zeitschrift von UJDI gegründet und wird vom Soziologen und ehemaligen Praxis-Mitarbeiter Nebojša Popov geleitet.

<sup>450</sup> Einige Beispiele sind das alternative Jugendzentrum CK13 in Novi Sad (Serbien), die verschiedene künstlerische aber auch kritische theoretische Projekte durchführt, die Gruppe *Pokret za slobodu* (Belgrad), die sich an der Mobilisierung von Arbeiterprotesten beteiligt, die Jugendgruppe Lenka (Skopje), sowie die Gruppe um die linkskritische Zeitschrift *Novi Plamen* (Zagreb).



Vereint werden die linken und (neo-)liberalen Strömungen der antinationalistischen Oppositionsströmungen durch ihre soziale Basis. Allen Strömungen der „Zivilgesellschaft“ misslingt bisher der Aufbau einer Massenbasis in der Bevölkerung. Bei den Protagonisten dieser Strömungen handelt es sich meist um Angehörige einer Bildungselite. Von Kritikern wird diese „Zivilgesellschaft“ als eine „NGO-Industrie“ beschrieben. Professionalisierung und Institutionalisierung der Beschäftigten der Nichtregierungsorganisationen ersetzen darin oft die direkte Partizipation der „Zielgruppen“. Das „Lobbying“ der NGOs bei nationalen und multinationalen Regierungsorganisationen ersetzt oft die politische Mobilisierung der Betroffenen.<sup>451</sup>

#### *Gewerkschaften und sozialer Protest*

Ein kaum betrachteter aber dennoch wichtiger Aspekt der Gesellschaftskrise im Jugoslawien der 1980er Jahre war das Anwachsen einer sozialen Protestbewegung der Arbeiter. Arbeiterstreiks und -demonstrationen prägten vor allem die zweite Hälfte der 1980er Jahre. Die Forderungen zielten meist auf den Erhalt sozialer Standards und der Arbeitsplätze, sowie die Auszahlung von Löhnen. Die Mobilisierung der Arbeiter richtete sich nicht frontal gegen das politische System, sondern forderte die Umsetzung der Versprechungen des BdkJ ein. Nationalistische Akzente kamen zunächst nicht zum Tragen. Erst durch die nationalistische Wendung der Spitzenfunktionäre des BdkJ wurden auch die Arbeiterproteste in das Fahrwasser nationaler Forderungen geleitet. Eine gesamtjugoslawische unabhängige Arbeiterbewegung konnte sich am Ende der achtziger Jahre daher nicht konstituieren.<sup>452</sup>

Aus heutiger Perspektive zählen die Arbeiter im ehemaligen Jugoslawien zu den größten Verlierern der Zerstörung der SFRJ. Mehrere Inflationswellen haben zu enormen Kaufkraftverlusten geführt. Gleichzeitig führten Wirtschaftskrise, Kriegszerstörungen und neoliberale Umstrukturierung zu einem Kollaps der industriellen Basis und einer regelrechten Deindustrialisierung. Langzeitfolgen sind die Erosion sozialer Standards, eine hohe Arbeitslosigkeit und die Ausbreitung des informellen Sektors. Gesicherte Beschäftigungsverhältnisse sind im ehemaligen Jugoslawien heute das Privileg einer Minderheit.<sup>453</sup>

Die Durchsetzung von Beschäftigteninteressen ist vor diesem Hintergrund außerordentlich schwer. Die drohende Arbeitslosigkeit und ungesicherte Arbeitsverhältnisse hemmen die Mobilisierungsbereitschaft der Beschäftigten. Gleichzeitig bleibt die Gewerkschaftsbewegung auch aus organisationalpolitischen Gründen schwach. Erstens konkurrieren verschiedene Gewerkschaftsdachorganisationen und blockieren sich dabei nicht selten gegenseitig. Zweitens herrscht in den gewerkschaft-

---

<sup>451</sup> Anhand einer 2004 durchgeführten Studie stellte der Belgrader Soziologe Mladen Lazić fest, dass der Großteil der NGO-Aktiven in Serbien weiblich (60%) und im Alter von 30-50 Jahren (45,6%) ist sowie über einen hohen Bildungsgrad (Hochschule, Fachhochschule) verfügt (63,7 %). Über die Hälfte der Befragten NGO-Mitglieder sind als wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt (53,2%) und viele studieren noch (21,4%). 47% stammen aus akademischen Elternhäusern. Dabei hebt sich bei der Selbstbestimmung der Klassenzugehörigkeit der Befragten die Gruppe, die sich zur „mittleren Klasse“ zählt (52,8%) hervor. Politisch verortet sich die Mehrheit der Befragten (45,6%) in der Mitte des politischen Spektrums, 26% glauben der linken Mitte nahe zu stehen und lediglich 10,5% sehen sich als („extreme“) Linke. Vgl. Lazić, Mladen (2005): *Promene i otpori. Srbija u transformacijskim procesima*. Belgrad: Filip Višnjić, S. 83ff.

<sup>452</sup> Diese Entwicklung wird gut beschrieben in: Vladislavljević, Nebojša (2008): *Serbia's Antibureaucratic Revolution. Milošević, the Fall of Communism and Nationalist Mobilization*, New York: Palgrave Macmillan.

<sup>453</sup> So ist im Laufe der 1990er Jahre ein dramatischer Anstieg der Arbeitslosenquote in allen postjugoslawischen Staaten zu beobachten: War diese im ehemaligen Jugoslawien im Jahr 1989 noch 14,9%, liegt sie heute in keinem der Nachfolgestaaten unter dieser Marke. Besonders gravierend ist die Arbeitslosigkeit im Kosovo, wo die offizielle Quote 2007 46,3% aufweist. Vgl. International Labour Organization Geneva: LABORSTA Labour Statistics Database, (Datenbanken: Labour force survey und Employment office records).

URL: <http://laborsta.ilo.org/>, letzter Zugriff: 25.01.2010;

Republika Srbija – Republički zavod za statistiku: Anкета o radnoj snazi. Stopa nezaposlenosti.

URL: <http://webrzs.stat.gov.rs/axd/drugastrana.php?Sifra=0018&izbor=odel&tab=152>,

letzter Zugriff: 25.01.2010;

Republika Hrvatska – Državni zavod za statistiku: Stopa registrirane nezaposlenosti.

URL: <http://www.dzs.hr/>, letzter Zugriff: 25.01.2010.

lichen Organisationen oft eine Dominanz von Betriebsinteressen. Branchengewerkschaften und Dachverbände sind dagegen schwach.<sup>454</sup>

Dennoch kommt es zur Mobilisierung von gewerkschaftlichem Protest. Bereits in den 1990er Jahren kam es immer wieder zu Protesten gegen soziale Folgen der wirtschaftlichen Transformation. Vor dem Hintergrund des Krieges blieben die Effekte dieser Proteste aber gering. Eine neue Welle von Arbeiterprotesten setzte in den vergangenen Jahren ein. Die Proteste gruppieren sich dabei vor allem um drei Konfliktlagen. Erstens fordern Belegschaften die Auszahlung von Löhnen, die ihnen oft monatelang und manchmal jahrelang vorenthalten werden. Zweitens artikulieren sich Proteste gegen Entlassungen. Drittens protestieren Belegschaften gegen die Form der Privatisierung der Betriebe. Die meisten dieser drei Formen von Protesten reagieren defensiv auf Angriffe gegen Belegschaftsinteressen. Eine offensive Vertretung gewerkschaftlicher Interessen findet dagegen kaum statt. Nur in Ausnahmefällen zeigen Arbeiterproteste eine politische Ausrichtung, die Ansatzpunkte für eine linksorientierte Alternativendiskussion bietet.<sup>455</sup>

Neben den Arbeitern artikulieren in den vergangenen Jahren in zunehmendem Maße auch Studierende sozialen Protest. In diesem Bereich sind deutlich positive Entwicklungen zu verzeichnen. Zum ersten Mal nach Ende der Kriege zeigen sich Ansätze einer neuen gesellschaftskritischen studentischen Bewegung, welche soziale Fragen in den Vordergrund stellt. Während die Studenten- und Jugendproteste der neunziger Jahre oft einen ausgesprochen antikommunistischen Charakter getragen haben, artikuliert sich seit 2007 wieder eine linksorientierte Studentenbewegung. Themen dieser Proteste sind Studiengebühren, Studienbedingungen und die neoliberale Reform des Universitätswesens. Im Protest an den Universitäten beginnen sich die Jugendlichen in Kroatien, Serbien und Mazedonien und Bosnien-Herzegowina über die neuen Grenzen hinweg wieder positiv aufeinander zu beziehen.<sup>456</sup>

#### Literaturverzeichnis

- Anđelić, Neven (2009): SDP - prvih 100 godina. Kratki pogled na socijaldemokratiju u BiH. Sarajevo: Forum Lijeve Incijative.
- Boughton, James M. (2001): Silent Revolution: The International Monetary Fund, 1979-89. Washington: International Monetary Fund.
- Buden, Boris (2009): Zone des Übergangs. Vom Ende des Postkommunismus. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Dragović-Soso, Jasna (2002): ‚Saviours of the Nation‘. Serbia’s Intellectual Opposition and the Revival of Nationalism. London: Hurst.
- Ehrke, Michael (2009): Sozialdemokratische Parteien in Zentral- und Südosteuropa. Politische Gesinnungsvereinigungen oder Managementagenturen für die Regierung. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung Internat. Politik-analyse.
- Gagnon, Valère Philip Jr. (2004): The myth of ethnic war. Serbia and Croatia in the 1990s. Ithaca: Cornell University Press.
- Grdešić, Marko (2006): Tranzicija, sindikati i političke elite u Sloveniji i Hrvatskoj. In: Politička misao, Jg. 43, Nr. 4, S. 121–141.
- Haberl, Othmar Nikola (1976): Parteiorganisation und nationale Frage in Jugoslawien (Philosophische und soziologische Veröffentlichungen – Osteuropa-Institut an der Freien Universität Berlin, Bd. 13). Berlin: Otto Harrassowitz.

---

<sup>454</sup> In den Nachfolgestaaten Jugoslawiens bestehen wie in den meisten anderen osteuropäischen Staaten auf der einen Seite Nachfolgeorganisationen der ehemaligen „Staatsgewerkschaften“ und auf der anderen Seite Neugründungen, die sich oft am Modell von Solidarnosc in Polen orientierten. Ideologische Unterschiede spielen heute allerdings keine entscheidende Rolle mehr. Vgl. Grdešić, Marko (2006): Tranzicija, sindikati i političke elite u Sloveniji i Hrvatskoj. In: Politička misao, Jg. 43, Nr. 4, S. 121–141.

<sup>455</sup> Ein Beispiel sind die Beschäftigten der Arzneimittelfabrik Jugoremedija in Zrenjanin, die sich der Übernahme ihres Betriebes durch einen korrupten Investor widersetzt hat und erfolgreich ein Belegschaftsaktionärsmodell entwickelt. Vgl. Koordinacioni odbor radničkih protesta u Srbiji (2009): Novi radnički pokret u Srbiji. In: Pokret, Nr. 3, S. 2ff.

Zu der neuen Arbeiterbewegung in Serbien siehe: Zlatić, Ivan (2009): Novi radnički pokreti u Srbiji – ciljevi i prepreke. In: Republika, Nr. 468-469, 1-31. 01. 2010.

<sup>456</sup> Siehe: Tomić, Đorđe (2009): Chancen für eine neue kritische Jugendbewegung. Studentische Proteste in Serbien und Kroatien. (Standpunkte International, 21). Berlin: Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Horvat, Branko (2003): The association for Yugoslav democratic initiative. In: Đokić, Dejan: Yugoslavism: histories of a failed idea, 1918-1992. London: Hurst, S.298-303.

Karabeg, Omer (2005): Razgovor s Vericom Barać i Josipom Kregarom. In: Zarez, Nr. 157, 16.06.2005.

Kanzleiter, Boris (2008): Politischer Umbruch in Serbien (Standpunkte, 25). Berlin: Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Koordinacioni odbor radničkih protesta u Srbiji (2009): Novi radnički pokret u Srbiji. In: Pokret, Nr. 3, S. 2–7.

Kovačević, Filip (2007): Montenegro and the Politics of Postcommunist Transition: 1990 to 2006. In: Mediterranean Quarterly, Jg. 18, H. 3, S. 72–93.

Lazić, Mladen (2005): Promene i otpori. Srbija u transformacijskim procesima. Beograd: Filip Višnjić.

Lukšič, Igor (2006): Das politische System Sloweniens. In: Ismayr, Wolfgang (Hg.): Die politischen Systeme Osteuropas. Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwissenschaften, S. 660.

Milošević, Milan (2000): Die Parteienlandschaft Serbiens. Berlin: Berlin-Verl. Spitz.

Nohlen, Dieter (2007): Lexikon der Politik, Bd. 7, München: Beck.

Ramet, Sabrina P. (2005): Thinking about Yugoslavia. Scholarly Debates about the Yugoslav Breakup and the Wars in Bosnia and Kosovo. Cambridge: Cambridge University Press.

Rosandić, Ružica u.a. (2005): Teži put. Mirovne akcije na tlu bivše Jugoslavije. Beograd: Centar za antiratnu akciju.

Sagasta, Sanja (2001): Lesbians in Croatia. In: European Journal of Women's Studies, Jg. 8. H. 3, 357–372.

Šiber, Ivan (2006): Političko ponašanje hrvatskih birača u izborima 1990 - 2003. In: Lutovac, Zoran (Hg.): Političke stranke i birači u državama bivše Jugoslavije. Beograd: Friedrich Ebert Stiftung; Institut društvenih nauka, S. 323–362.

Siljanovska Davkova, Gordana (2006): Makedonske političke partije kroz prizmu ideologije. In: Lutovac, Zoran (Hg.): Političke stranke i birači u državama bivše Jugoslavije. Beograd: Friedrich Ebert Stiftung; Institut društvenih nauka, S. 205–236;

Stojaković, Krunoslav (2009): Prešućena povijest. UJDI i antiratna opozicija u Jugoslaviji. In: Tomić, Đorđe; Atanacković, Petar (Hg.): Društvo u pokretu. Novi društveni pokreti u Jugoslaviji od 1968. do danas [Gesellschaft in Bewegung. Neue soziale Bewegungen in Jugoslawien von 1968 bis heute]. Cenzura: Novi Sad, S. 169–182.

Stojiljković, Zoran (2006): Socijalni rascepi i linije političkih podela u Srbiji. In: Lutovac, Zoran (Hg.): Političke stranke i birači u državama bivše Jugoslavije. Beograd: Friedrich Ebert Stiftung; Institut društvenih nauka, S. 9–39;

Tomić, Đorđe (2009): Chancen für eine neue kritische Jugendbewegung. Studentische Proteste in Serbien und Kroatien. (Standpunkte International, 21). Berlin: Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Unija 47 / Antiratna kampanja Hrvatske: Povijest ARKa.  
URL: [http://www.zamirnet.hr/unija47/ark\\_unija47.html](http://www.zamirnet.hr/unija47/ark_unija47.html), letzter Zugriff: 12.01.2010.

Vladislavljević, Nebojša (2008): Serbia's Antibureaucratic Revolution. Milošević, the Fall of Communism and Nationalist Mobilization, New York: Palgrave Macmillan.

Zakošek, Nenad (2006): Das politische System Kroatiens. In: Ismayr, Wolfgang (Hg.): Die politischen Systeme Osteuropas. Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwissenschaften, S. 677–726.

Žene u crnom Beograd. Ženska mirovna grupa feminističko-antimilitarističke orijentacije: O nama.  
URL: [http://www.zeneucrnom.org/index.php?option=com\\_content&task=blogcategory&id=2&Itemid=4](http://www.zeneucrnom.org/index.php?option=com_content&task=blogcategory&id=2&Itemid=4), letzter Zugriff: 12.01.2010.

Zentrale Wahlkommission BiH. URL: [http://www.izbori.ba/rezultati/konacni/parlament\\_bih/index.htm#](http://www.izbori.ba/rezultati/konacni/parlament_bih/index.htm#), letzter Zugriff: 14.01.2010.

Živković, Ljiljana (Hg.) (2005): First there was a letter. Fifteen Years of Lesbian and Gay Activism in Serbia and Montenegro. 1990-2005. Beograd: Labris - Lesbian Human Rights Organization.

Zlatić, Ivan (2009): Novi radnički pokreti u Srbiji – ciljevi i prepreke. In: Republika, Nr. 468-469, 1-31. 01. 2010.

#### Weiterführende Links

##### Sozialdemokratische Parteien

###### Bosnien-Herzegowina

- Socijaldemokratska partija Bosne i Hercegovine (SDP) [Sozialdemokratische Partei Bosnien-Herzegowinas]  
<http://www.sdp.ba/>
- Savez nezavisnih socijaldemokrata (SNSD) [Bund unabhängiger Sozialdemokraten]  
<http://www.snsd.org/>

###### Kroatien

- Socijaldemokratska partija Hrvatske (SDP) [Sozialdemokratische Partei Kroatiens]  
<http://www.sdp.hr/>

###### Mazedonien

- Socijaldemokratski sojuz na Makedonija (SDSM) [Sozialdemokratischer Bund Mazadoniens]  
<http://www.sdsm.org.mk/>

#### Montenegro

- Demokratska partija socijalista (DPS) [Demokratische Partei der Sozialisten]  
<http://www.dpscg.org/> (Link inaktiv)
- Socijaldemokratska partija Crne Gore (SDP) [Sozialdemokratische Partei Montenegros]  
<http://www.sdp.co.me/>

#### Serbien

- Demokratska stranka (DS) [Demokratische Partei]  
<http://www.ds.org.rs/>
- Socijaldemokratska partija (SDP) [Sozialdemokratische Partei]  
<http://www.sdp.org.rs/>
- Socijaldemokratska partija Srbije (SDP)<sup>457</sup> [Sozialdemokratische Partei Serbiens]  
<http://www.sdpsrbije.org.rs/>
- Socijalistička partija Srbije (SPS) [Sozialistische Partei Serbiens]  
<http://www.sps.org.rs/>
- Socijaldemokratska Unija (SDU) [Sozialdemokratische Union]  
<http://www.sdu.org.rs/>

#### Slowenien

- Socialni demokrati (SD) [Soziale Demokraten]  
<http://www.socialnidemokrati.si/>

#### Weitere linke Parteien

##### Kroatien

- Socijalistička radnička partija Hrvatske (SRP) [Sozialistische Arbeiterpartei Kroatiens]  
<http://www.srp.hr/>

##### Serbien

- Socijaldemokratska unija (SDU) [Sozialdemokratische Union]  
<http://www.sdu.org.rs/>
- Liga socijaldemokrata Vojvodine (LSV) [Liga der Sozialdemokraten der Vojvodina]  
<http://www.lsv.org.rs/>

#### Leftist Parties of the World, Eastern Europe and the Former USSR

(Umfangreiche Liste linker Parteien in Osteuropa)

<http://www.broadleft.org/easteuro.htm>

#### Friedensinitiativen

- Centar za kulturnu dekontaminaciju [Zentrum für kulturelle Dekontaminierung, Belgrad]  
<http://www.czkd.org/>
- Centar za mir i razvoj demokratije / (ex) Centar za antiratnu akciju [Zentrum für Frieden und Demokratieentwicklung, (ex) Zentrum für Anti-Kriegs-Aktion, Belgrad]  
<http://www.caa.org.yu/>
- Centar za mirovne studije [Zentrum für Friedensstudien, Zagreb]  
<http://www.cms.hr/>
- Unija 47 / Antiratna kampanja Hrvatske [Union 47 / Anti-Kriegs-Kampagne Kroatiens, Zagreb]  
<http://www.zamirnet.hr/unija47/unija47.html/>
- Mirovni inštitut - inštitut za sodobne družbene in politične študije [Friedensinstitut – Institut für gegenwärtige soziale und politische Studien, Ljubljana]  
<http://www.mirovni-institut.si/>

#### Feministische Initiative

- Autonomni ženski centar [Autonomes Frauenzentrum, Belgrad]  
<http://www.womenngo.org.rs/>
- Žene u crnom [Frauen in Schwarz, Belgrad]  
<http://www.zeneucrn.org/>
- Žene ženama [Frauen an/für Frauen, Sarajevo]

---

<sup>457</sup> Die Partei wurde im Jahr 2009 gegründet. Die Abkürzung ist dieselbe wie im Fall der Sozialdemokratischen Partei von Nebojša Čović, die Mitglied der Sozialistischen Internationale ist, es handelt sich jedoch um eine andere Partei.

- <http://www.zenezenama.org/>
- Ženska mreža Hrvatske [Frauennetzwerk Kroatiens]  
<http://www.zenska-mreza.hr/>
- Ženske grupe BiH [Liste von Frauengruppen in Bosnien-Herzegowina]  
<http://zenskegrupebih.fondacijacure.org/>
- Ženski informaciono-dokumentacioni centar [Fraueninformations- und -dokumentationszentrum, Belgrad]  
<http://www.zindokcentar.org/>
- Centar za ženske studije Beograd [Zentrum für Frauenstudien, Belgrad]  
<http://www.zenskestudie.edu.rs/>
- Centar za ženske studije Zagreb [Zentrum für Frauenstudien, Zagreb]  
<http://www.zenstud.hr/>
- Ženske studije i istraživanja [Frauenstudien und -forschungen, Novi Sad]  
<http://www.zenskestudije.org.rs/>

#### LGBT-Gruppen

- Labris Beograd  
<http://www.labris.org.rs/>
- Queer Beograd  
<http://www.queerbeograd.org/>
- SiQRD – Slovenian Queer Recource Directory  
<http://www.ljudmila.org/siqrd/>
- Udruženje Q [Vereinigung Q, Sarajevo]  
<http://www.queer.ba/>
- Ženska alijansa [Frauenallianz, Skopje]  
<http://www.womensalliance.mk/>
- Belgrade Pride  
<http://belgradepride.rs/>
- Zagreb Pride  
<http://www.zagreb-pride.net/>

#### Linke Jugendgruppen

- Alternativna kulturna organizacija (AKO) [Alternative Kulturorganisation, Novi Sad]  
<http://www.ako.rs/>
- Crna kuća 13 [Schwarzes Haus 13, Novi Sad]  
<http://www.ck13.org/>
- Delavsko-punkerska univerza [Arbeiter-Punker-Universität, Ljubljana]  
<http://dpu.mirovni-institut.si/>
- KSSD „Diskrepancija“ [Klub der Soziologiestudenten „Diskrepancija“, Zagreb]  
<http://www.diskrepancija.org/>
- Lenka –движенје за социјална правда [Lenka – Bewegung für soziale Gerechtigkeit, Skopje]  
<http://lenka.blog.com.mk/>

#### Studentische Proteste

##### Bosnien-Herzegowina

- Studierendenplenum der Universität in Tuzla:  
<http://studentskiplenum.blogger.ba/>

##### Kroatien

- Slobodni filozofski (Freie Philosophische (Fakultät)), Studierendenplenum der Philosophischen Fakultät in Zagreb: <http://www.slobodnifilozofski.com/>  
<http://slobodnifilozofski.org/> (englischsprachige Seite)
- autonomni studenti (Autonome Studenten), Philosophische Fakultät in Rijeka:  
<http://blog.autonomnistudenti.com/>
- Nezavisna studentska inicijativa Split, Universität in Split: <http://nsist.blog.hr/>
- inicijativa za besplatno visoko obrazovanje – OS. i dalje smo tu :) i borimo se! (Initiative für kostenlose Hochschulbildung – Osijek. Wir sind immer noch da :) und wir kämpfen!), Universität Osijek:  
<http://www.osjecki.studenti.blogger.hr/>

#### Mazedonien

- Sloboden indeks  
<http://slobodenindeks.blog.com.mk/>

#### Serbien

- Borba za znanje (Kampf um Wissen), Seite der Studentischen Proteste von 2005 bis 2008:  
<http://protest.zbrka.net/>
- Studenti za studente (Studenten für Studenten), Universität in Belgrad:  
<http://studentskiprotest08.blogspot.com/> (Seite von 2008)  
<http://www.studentizastudente.net/> (aktuelle Seite)

#### Linke und kritische Medien

- Arkzin (Zagreb)  
<http://arkzin.net>
- Belgrade Circle Journal (Belgrad)  
<http://www.usm.maine.edu/bcj/>
- Diskrepancija (Zagreb)  
<http://diskrepancija.org/casopis/>
- Nova Iskra (Skopje)  
<http://www.novaiskra.mk/>
- Novi Plamen (Zagreb)  
<http://www.noviplamen.org/>
- Peščanik  
<http://www.pescanik.net/>
- Prelom (Belgrad)  
<http://www.prelomkolektiv.org/srp/casopis.htm>
- Republika (Belgrad)  
<http://www.republika.co.rs/>
- ZaMirZine (Zagreb)  
<http://www.zamirzine.net/>
- Zarez (Zagreb)  
<http://www.zarez.hr/>